

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Jahreswirtschaftsbericht - Private
Arbeitsvermittlung - Zinsbesteuerung - USA - Japan**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1994) : Kurz kommentiert: Jahreswirtschaftsbericht - Private Arbeitsvermittlung - Zinsbesteuerung - USA - Japan, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 74, Iss. 2, pp. 61-62

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137089>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Jahreswirtschaftsbericht Keine Überraschungen

Ende Januar legte die Bundesregierung ihren Jahreswirtschaftsbericht für 1994 zusammen mit einem Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung vor. Es enthält viele schon seit längerem diskutierte Maßnahmen, die es nun umzusetzen gilt. Die quantitative Vorausschau der Bundesregierung (sogenannte Jahresprojektion) fiel keinesfalls aus dem Spektrum schon zuvor veröffentlichter Prognosen heraus. Einige Eckdaten, im besonderen die Rate für das erwartete Wirtschaftswachstum von $\frac{1}{2}$ bis 1% in den alten Bundesländern und die Zunahme der Arbeitslosigkeit auf nahezu 4 Millionen in Gesamtdeutschland, sorgten gleichwohl für ein kritisches Echo in der Öffentlichkeit.

Das kann schon deshalb nicht verwundern, weil die Konjunktüreinschätzungen für 1994 auch bei Wirtschaftsforschungsinstituten und Sachverständigenrat nicht einheitlich sind. Daß Wirtschaftsverbände und die Opposition in Bonn die Wachstumsziele der Regierung als zu optimistisch oder gar als unrealistisch kritisieren, ist auch angesichts der anstehenden Tarifverhandlungen und Wahlen verständlich. Und daß Gewerkschaften die Aussicht auf neue Rekordzahlen bei den Arbeitslosen beklagen, ist nicht nur ihr Recht, sondern wohl sogar ihre Pflicht.

Die Eckdaten im Jahreswirtschaftsbericht entsprechen etwa den Prognosen der Mehrheit der Wirtschaftsforschungsinstitute. Wichtige aktuelle Konjunkturindikatoren bestätigen bislang deren Einschätzungen. Es gibt auch Zeichen für eine Festigung der Investitionsneigung. Das von der Bundesregierung genannte Wachstumsziel ist also durchaus erreichbar. Der erwartete weitere Anstieg der Arbeitslosigkeit ist Folge des üblichen Hinterhinkens der Beschäftigungs- hinter der Konjunktur-entwicklung und daher überhaupt nicht ungewöhnlich. Die Tarifparteien haben es in der Hand, die Weichen für einen Wiederanstieg der Beschäftigung in den nächsten Jahren zu stellen; die achtziger Jahre könnten dafür Vorbild sein. jh

Private Arbeitsvermittlung Größere Transparenz

Entgegen bisherigen Plänen hat die Bundesregierung beschlossen, das Vermittlungsmonopol der Bundesan-

stalt für Arbeit nicht nur versuchsweise und befristet in ausgewählten Regionen des westlichen Bundesgebietes auszusetzen, sondern bundesweit abzuschaffen. Die Gegner dieses Beschlusses befürchten Nachteile für die Beschäftigten und für kleine und mittlere Unternehmen. Im übrigen würden durch die Zulassung privater Arbeitsvermittler keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen. Dies ist aber auch nicht beabsichtigt, denn es geht um größere Transparenz am Arbeitsmarkt, so daß die Arbeitnehmer die Chance erhalten, schneller einen Arbeitsplatz zu finden. Immerhin beträgt die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik gegenwärtig sechs Monate. Eine Verkürzung der Dauer der Arbeitslosigkeit um nur eine Woche würde nach einfachen Berechnungen die Zahl der Arbeitslosen um 100 000 senken, und die Bundesanstalt hätte rund 2 Mrd. DM weniger an Leistungen zu zahlen.

Mit der Einführung privater Arbeitsvermittlung dürfte es nicht zu einer Konkurrenzsituation zwischen staatlichen und privaten Vermittlern kommen, denn sicherlich ist die Vermutung richtig, daß private Vermittlungsdienste sich die attraktiven Nischen auf dem Arbeitsmarkt herausuchen und sich spezialisieren werden. Die problematischen Fälle werden auch weiterhin von den Arbeitsämtern betreut werden müssen. Die Arbeitsämter sollten dies jedoch als Chance betrachten, sich noch stärker auf die enormen Strukturprobleme am Arbeitsmarkt zu konzentrieren, und hier ihre Vermittlungsbemühungen verbessern. dw

Zinsbesteuerung Aufwand umsonst

Jetzt zeigt es sich schwarz auf weiß: Die deutsche Zinsabschlagsteuer war ein Flop. Der Bruttoertrag dieser Steuer erreichte 1993 nicht einmal die Hälfte der geschätzten 24 Mrd. DM. Von dem auf 4 Mrd. DM veranschlagten Nettoertrag wird schon gar nicht mehr geredet. Nach vorsichtiger Beurteilung der Bundesbank ist „mit keinen spürbaren Mehreinnahmen“ für den Fiskus zu rechnen. Der ganze Aufwand – fünf Jahre Vorlagen, Gutachten, Verhandlungen, teure Programmumstellungen, neue Formulare und Informationsbroschüren, zusätzlicher Verwaltungsaufwand bei Steuerbehörden, Kreditinstituten und nicht zuletzt beim Steuerzahler – war also umsonst. Angeblich hat man nicht mit so starken Ausweichreaktionen und Kapitalverlagerungen ins Ausland

gerechnet; die Freistellungen seien exzessiver genutzt worden und die Kapitalrenditen niedriger ausgefallen als erwartet.

Mußte man damit wirklich nicht rechnen? Gab es nicht schon bei der alten Quellensteuer gleiche Anzeichen? Provozieren Politiker nicht selbst diese Verlagerungen, indem sie in jedem europäischen Land Ausländer ausdrücklich von jeder Kapitalertragsbesteuerung ausnehmen? Ist es denn nicht Zweck der europäischen Kapitalverkehrsliberalisierung und Finanzmarktintegration, Kapital einfacher und schneller international zu bewegen? Auch abnehmende Zinserträge sollten im Konjunkturabschwung nicht überraschen. Aus fiskalischer Sicht wäre es sicherlich zweckmäßiger gewesen, die Zinssteuer zumindest solange abzuschaffen, bis sich auf EG-Ebene eine einfache einheitliche Regelung durchsetzen läßt. Der entstehende finanzielle Standortvorteil Deutschlands hätte Steuerverluste mittelfristig überkompensiert. de

USA

Sparbestrebungen

Der amerikanische Präsident Clinton hat für das am 1. Oktober beginnende Fiskaljahr nach eigenem Bekunden einen der „härtesten Haushalte seit langer Zeit“ vorgelegt. Durch strikte Einhaltung der Ausgabenobergrenzen, die in dem langfristigen Budgetpaket vom Herbst 1993 festgelegt worden waren, sowie dank höherer Steuereinnahmen im Zuge einer gefestigten Konjunktur soll das Haushaltsdefizit 1994/95 gegenüber dem laufenden Fiskaljahr um ein Viertel auf 176,1 Mrd. Dollar verringert werden.

In der Budgetvorlage ist tatsächlich erstmals seit langem eine absolute Kürzung der diskretionären Ausgaben vorgesehen. Bei über 300 staatlichen Programmen werden Einsparungen vorgenommen, 115 Budgettitel fallen den Streichungen komplett zum Opfer. Insgesamt werden die Staatsausgaben gleichwohl auch 1995 noch merklich ausgeweitet: einmal sind die erzielten Einsparungen zum Teil für neue Programme, etwa in den Bereichen Bildung und Infrastruktur, verplant; vor allem aber bleibt der gesamte Bereich der „automatischen“ Ausgaben im Rahmen der sozialen Leistungsgesetze mit Anspruchsbeziehung nach wie vor von den Sparmaßnahmen ausgenommen. Die geplante Gesundheitsreform ist dabei noch nicht in diesen Haushalt eingestellt worden.

Anlaß für uneingeschränktes Lob bietet der Budgetentwurf daher nicht. Zwar geht die Regierung mit ihren Sparbestrebungen grundsätzlich in die richtige Richtung. Für eine durchgreifende Konsolidierung bleibt es aber unerläßlich, daß gerade die besonders hohe Dynamik des Anstiegs bei den automatischen Ausgaben gebremst wird. Ihre Zunahme geht in der Budgetvorlage lediglich auf Kosten der übrigen Ausgabenprogramme und verringert so den Spielraum für die Setzung neuer Schwerpunkte in der Finanzpolitik. Damit aber wird letztlich die Überwindung drängender struktureller Probleme unnötig weiter hinausgezögert. cb

Japan

Neues Konjunkturprogramm

Nachdem drei Maßnahmenpakete seit August 1992 mit einem Umfang von insgesamt 30 Bill. Yen nicht zu einer konjunkturellen Besserung führten, hat die Regierung in Japan erneut ein Ankurbelungsprogramm beschlossen. Es ist mit 15,3 Bill. Yen (3,3% des Sozialprodukts) das bisher größte. Die staatlichen Mehrausgaben von 9,4 Bill. Yen bestehen wie bisher aus einer Mischung von öffentlichen Investitionen, Grundstückskäufen, zinsgünstigen Darlehen und Subventionen. Der Unterschied zu den vorherigen Bemühungen liegt im wesentlichen in der Einbeziehung massiver Steuerentlastungen in Höhe von 5,9 Bill. Yen, mit denen vor allem der schwache private Konsum angeregt werden soll. So ist in diesem Jahr eine einmalige Rückerstattung von durchschnittlich 20% der Einkommensteuerschuld vorgesehen. Die Finanzierung soll offenbar zunächst überwiegend durch staatliche Schuldenaufnahme geschehen. Zu einem späteren, geeigneten Zeitpunkt wird als Ausgleich eine Erhöhung indirekter Steuern angestrebt.

Die jetzt beschlossenen Maßnahmen sollen nach Ansicht der Regierung einen Nachfrageimpuls von 2,2% des Sozialprodukts auslösen. Tatsächlich dürfte die direkte Wirkung des Pakets nur etwa halb so stark sein, da Grundstückskäufe und Darlehen (ein Posten von immerhin 5,7 Bill. Yen) keine unmittelbaren Anregungen darstellen. Der Erfolg des Programms hängt zudem in nicht unwesentlichem Maße von dem Vertrauen privater Haushalte und Unternehmen in die wirtschaftspolitische Handlungskompetenz der Regierung ab. Die Begleitumstände bei der Formulierung des Maßnahmenkatalogs – insbesondere die Auseinandersetzungen innerhalb der Koalition um die längerfristige Finanzierung – dürften dies aber kaum gestärkt haben. cri